

AG Politische Bildung Cottbus/Chóseebuz

1. Wer wir sind und was wir wollen?

Die AG "Politische Bildung" der Stadt Cottbus/Chóseebuz ist ein informeller Zusammenschluss aus Akteur*innen der politischen Bildungsarbeit. In der AG arbeiten sowohl Akteure aus der Zivilgesellschaft mit als auch Personen im hauptamtlichen Kontext von Bildungsinstitutionen, Universität sowie aus der Verwaltung. Die AG vernetzt Akteur*innen, plant gemeinsame Aktivitäten und Kooperationen, bearbeitet gemeinsam Themen und setzt darüber hinaus Projekte um. Den Mitgliedern der AG geht es um:

- einen gegenseitigen Austausch
- vertrauensvolle Kooperation und gemeinsame Nutzung von Wissen, Ressourcen und Synergien
- Organisation, Darstellung und Umsetzung vielfältiger Angebote im Rahmen politischer Bildung für alle Einwohner*innen von Cottbus/Chóseebuz unabhängig von Alter und Grundvoraussetzungen

Folgende Institutionen sind mit Vertreter*innen Teil dieser AG in alphabetischer Reihenfolge:

- Arbeit und Leben Berlin Brandenburg
- Aufarbeitung Cottbus e.V.
- B-TU Cottbus - Senftenberg, Fakultät 4
- Bundesarchiv / Stasi-Unterlagen-Archiv (Außenstelle Cottbus ohne Archiv)
- Cottbuser Aufbruch
- Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
- Fachbereich Bildung und Integration der Stadt Cottbus/Chóseebuz
- Jugendkulturzentrum „Gladhouse“
- Kinder- und Jugendbeauftragte der Stadt Cottbus/Chóseebuz
- Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. als Träger der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus
- Niederlassung Cottbus der RAA Brandenburg
- Städtische Sammlung (Stadtmuseum, Stadtarchiv und Wendisches Museum)
- Volkshochschule Cottbus

Alle Institutionen und teilnehmenden Organisationen werden von Menschen vertreten, die sich intensiv auf die Prozesse dieser AG eingelassen haben. Die Einzelorganisationen verfolgen unterschiedliche Ziele mit divergierenden methodischen Ansätzen im Rahmen der politischen Bildung. Diese Spezifik bleibt auch innerhalb der AG erhalten. Vielmehr geht es um ein Lernen voneinander und eine dialogische Weiterentwicklung. Ein einender und gemeinsamer Moment ist der Wunsch nach einem atmosphärischen Wandel in Cottbus/Chóseebuz sowie die umfassende Bildung von Menschen, die sie zu einem zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigt und ihnen ermöglicht, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen, auch wenn dieses Handeln im Lokalen geschieht.

2. Ausgangslage Cottbus/Chóseebuz (Chancen und Herausforderungen)

In Cottbus/Chóseebuz wurde auf der ersten Bildungskonferenz der Stadt am 2.12.2019 ein signifikanter Bedarf für grundlegende Angebote politischer Bildung aber auch für eine dezidierte Weiterentwicklung von Angeboten im Kontext historisch-politischer Bildungsarbeit konstatiert. Es gilt

insbesondere die Angebote und Formate politischer Bildung in Cottbus zu stärken und auszubauen. Die Art und Weise der Ansätze und Methoden, der Zielgruppenorientierung und der Formate ist dabei möglichst heterogen zu wählen, um viele Cottbuser*innen zu erreichen. Insbesondere ist es dabei notwendig, auf eine nachhaltige Ausrichtung und Installierung der Formate zu achten. Gesellschaftspolitische Transformationsprozesse brauchen eine mittel- bis langfristige Begleitung.

Basis der Arbeit der AG und ihres Verständnisses sind die Deklaration der Menschenrechte, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Brandenburg in der zeitgenössisch reflektierten kritisch-historischen Tradition der europäischen Aufklärung und des universellen Humanismus.

Die notwendige weitere Ausdifferenzierung der Angebote historisch-politischer Bildungsarbeit betrifft vor allem folgende Themen:

- Bildungsarbeit zu Phänomenen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und deren Prävention in der Gegenwart (Anti-Bias-Training, Betzavta, Social Justice etc.)
- Lokalhistorische Aufarbeitung, Recherche und Gedenken an Angehörige verschiedener Opfergruppen im Nationalsozialismus; Fokus auf Widerständigkeit, Solidarität und Empowerment vor Ort
- Forschung zu Fragen der lokalhistorischen Täterschaft und Beteiligung am NS-System sowie den sogenannten Bystander bzw. Mitläufer*innen
- Lokalhistorische Forschung zur DDR Geschichte in Cottbus/Chósebus und Lausitz; auch hier mit der Differenzierung zwischen Opfererfahrungen, Widerständigkeit sowie Beteiligung am System der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)
- Lokalhistorische, biografische und institutionenbezogene Forschung zum Umgang mit den Transformationserfahrungen nach 1989; Fokus auf Transformationskompetenz und Resilienzen in der Verarbeitung

3. Gemeinsames Bildungsverständnis

Alle Teilnehmenden eint ein gemeinsames Verständnis von politischer Bildung, welches sich kurz auf folgende Punkte zusammenfassen lässt:

Demokratische Werte und diskursive Haltung

Politische Bildner*innen orientieren sich an den grundlegenden Standards politischer Bildung, die im "Beutelsbacher Konsens" als Überwältigungsverbot, Kontroversität und Schüler*innenorientierung festgehalten sind. Im Vordergrund steht, eine aktive Beteiligung aller Menschen am Lernprozess zu ermöglichen.

Politische Bildner*innen verstehen sich dabei nicht als "die Wissenden", die ihre Kenntnisse vermitteln. Vielmehr geht es darum, Teilnehmende im Sinne dialogischer Kommunikation bei der Entwicklung eigener Meinungen zu unterstützen und zu begleiten. Verschiedene Meinungen im Diskurs zu hören und somit Kontroversität zu forcieren ist wesentlicher Bestandteil politischer Bildungsarbeit.

Dabei ist politische Bildung jedoch nicht wertfrei. Sie ist normativ in dem Sinne, dass sie an demokratischen Werten ausgerichtet ist, diese vermittelt und für sie einsteht. Politische Bildung zielt auf ein engagiertes Eintreten für die Würde eines jeden Menschen, Toleranz und Vielfalt; sie widerspricht jeglicher Diskriminierung, Rassismus, Ausgrenzung sei es auf Grund Religion, Herkunft und sozialer Situation und Antisemitismus. Somit ist nicht jede Position unwidersprochen hinnehmbar. Meinungsfreiheit gilt nicht für diskriminierende, Personen oder Personengruppen diskreditierende Aussagen.

Politische Bildung zielt darauf ab, Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen im Diskurs aushalten zu können (Ambiguitätstoleranz zu entwickeln). Die kritische Reflexion des eigenen Denkens und Handelns ebenso wie das Erkennen eigener Begrenzungen und Leerstellen (sog. "blinde Flecken") ist eine primäre Zielsetzung politischer Bildung. Jede Lehrende ist Lernende*r und Lehrende*r zugleich.

Die Förderung von Demokratie und Partizipation ist dabei ebenso immanent, wie ein differenz- und diskriminierungssensibler Ansatz. Im Sinne der Ermöglichung von sozialer Gerechtigkeit müssen Bildungsangebote die strukturellen Benachteiligungen verschiedener Zielgruppen im Blick haben aber auch deren Lebenswelten, Interessen und Bedürfnisse berücksichtigen. Bildungsangebote sollten dementsprechend zielgruppen-, teilnehmer*innen- und prozessorientiert konzipiert werden, das schließt methodisch-didaktische Überlegungen ein.

Förderung von Vielfalt

Angebote politischer Bildung sollten grundsätzlich vielfältig und inkludierend konzipiert werden. Dazu ist eine multiperspektivische Herangehensweise unumgänglich. Aspekte, die bestimmte Gruppen ausschließen und marginalisieren, sollten sowohl Thema von politischer Bildung sein als auch von den Bildungsangeboten offensiv mit vielfältigen, differenzsensiblen Angeboten begegnet werden. Gender- und Diversity-Mainstreaming sowie Inklusion sind Qualitätsmerkmale politischer Bildung.

Förderung von Selbstreflexion und Kritikfähigkeit

Dialogisches Lernen auf Augenhöhe fördert die Eigenverantwortung und bezieht besonders junge Menschen ein. Sie hilft allen eine eigene kohärente Haltung zu entwickeln und dabei empathische und solidarische Grundprinzipien von demokratischen Gesellschaften zu verinnerlichen.

Förderung von Partizipation und Selbstwirksamkeitserfahrungen

Lernen und Bilden als nachhaltiger Prozess kann nur über das Zulassen von Fragen, Widerspruch, Aushandlung und Konsensbildung geschehen. Dafür sind lebensweltorientierte Angebote und längerfristige (in Abgrenzung zu kurzzeitpädagogischen Interventionen) sowie lebenslange Lernsettings sinnvoll, die sowohl das jeweilige Individuum, aber auch seine Gruppenkontexte sowie die gesellschaftlichen Bedingungen in den Blick nehmen. Partizipation kann nur im Sinne von

Aneignung (bzw. im Selbstversuch) gelernt und verstanden werden. Zudem zielt politische Bildung immer darauf ab, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen, insbesondere auch in der Arbeit mit Jugendlichen aus politikfernen und / oder bildungsbenachteiligten Milieus.

Förderung von kritischem Geschichtsbewusstsein

Für ein umfassendes Verständnis der Gegenwart braucht es Kenntnis über die Reflexion der Erzählungen und Faktenanalysen der Vergangenheit. Als besonders wirksam hat sich lokalhistorisches Lernen herausgestellt. Dafür muss sich an Fakten, Quellen sowie historischen und sozialen Erkenntnissen, wie auch deren kritisch-reflektorische Hinterfragung und Einordnung orientiert werden. Mehrdimensionale Betrachtungen sind dabei ebenso wichtig, wie der Ansatz, auch hier marginalisierte Gruppen und ihre Perspektiven in den Blick zu nehmen.

*Bekennnis zu einer Kultur der Kontroverse und Auseinandersetzung
(Streitkultur)*

„Die Anforderungen an eine Sprach- und Streitkultur in der Demokratie sind hoch. Demokratie braucht geeignete Aushandlungsprozesse für politische Entscheidungen, die sowohl zu einem hinreichenden Interessenausgleich bis zur Entscheidungsfindung führen als auch im Nachgang wahrscheinlich machen, dass der Weg der Entscheidungsfindung und damit verbunden tendenziell auch die getroffene Entscheidung Akzeptanz finden. Unterschiedliche Interessen gibt es in jeder Gesellschaft, und die Aushandlungsprozesse in der Demokratie sind entscheidend für die Befriedung und Stabilität des Zusammenlebens.“ (Köhler, Thomas, Roose Jochen: Wandel der Sprach- und Streitkultur)